



Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) fordert:



**Statt Bürgerarbeit, weiterem Lohndumping,
Mangelernährung und gesellschaftlicher Isolation für
Erwerbslose und weiteren Kürzungsanschlügen:**

Erhöhung des Hartz-IV-Eckregelsatzes von 359 € auf 500 € !

Zahlung der tatsächlichen Heiz- und Wohnkosten!

Keine bundesweite Pauschalierung der Kosten der Unterkunft!

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 €/Stunde
brutto, steuerfrei und sozialversicherungspflichtig!

Unsere Forderung entspricht bei 38,5 Wochenstunden für einen
Alleinstehenden ca. **1300 € netto** monatlich.

Keine weitere Vernichtung existenzsichernder Arbeitsplätze
durch Bürgerarbeit und ähnliches!



Die Forderung nach 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn können Sie hier unterstützen:

www.500-euro-eckregelsatz.de

Wir fordern alle Menschen guten Willens, alle Parteien, Gewerkschaften und Organisationen auf, diese Minimalforderungen zu unterstützen!

Warum?

Seit Jahren sinken die Realeinkommen. Zudem üben die Arbeitslosen allein durch ihr Vorhandensein Lohnminderungsdruck aus. Hinzu treten die gegen die Arbeitslosen geschaffenen Zwänge, verschärfte Zumutbarkeitsregelungen, eingeschränkte soziale Leistungen, Hartz IV usw. Damit wird nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen werden damit bekämpft. Das nutzt sehr wenigen Profiteuren, schadet auch den Arbeitenden, weil Arbeitslose zu immer ungünstigeren Bedingungen Arbeit annehmen müssen und damit weiterer Druck auf die regulär Beschäftigten aufgebaut wird.

Als weitere Unterdrückungsmaßnahme wird die Bürgerarbeit installiert – scheinheilig und wahrheitswidrig apostrophiert als Unterstützung für die Menschenwürde der Betroffenen. Tatsächlich ist sie ein weiterer Schritt hin zu noch weiter verschlechterten Lebensbedingungen Arbeitender wie Arbeitsloser wie Rentner. Bei Androhung nicht weiterhin gezahlten Arbeitslosengeldes werden Bürgerarbeiter zwangsverpflichtet. Sie werden gewiss höhere Bezüge als bei Hartz IV erzielen, aber ebenso sicher werden diese Bezüge weit unter vergleichbaren Arbeitseinkommen liegen. Das ist kein gangbarer Weg gegen Lohnabbau! Wer wird davon profitieren? Die Auswirkungen auf den Lohnsektor wie auf die daran gekoppelten Renten kann sich jeder ausmalen. Die Realeinkommen der unteren und mittleren Einkommensgruppen werden weiter sinken. Die Wirklichkeit wird eines Tages die schlimmsten Vorstellungen übertreffen, wenn diesem Teufelskreis nicht Einhalt geboten wird. Die Abwärtsspirale der Masseneinkommen muss beendet werden. Im Selbstlauf wird das nicht aufhören!

Alle Einsichtigen, alle Betroffenen und Bedrohten müssen gemeinsam handeln. Sie dürfen sich nicht spalten lassen, denn sie haben gemeinsame Interessen zu vertreten gegenüber den Nutznießern und Profiteuren solcher Zustände.

Die Problemlösung kann nur in existenzsichernder Arbeit bestehen – 10 €/Stunde steuerfreien sozialversicherungspflichtigen Mindestlohn bei 38,5 Wochenstunden mit Inflationsanpassung. Nötigenfalls muss eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich erfolgen.

Offiziell wird erklärt: Mittels Kurzarbeit wurden mehr als 1 Mio Beschäftigungsverhältnisse erhalten. Damit ist die allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich als legitimes und taugliches Instrument gegen die Arbeitslosigkeit erwiesen. Alles ist zu Lasten der Konzernprofite leistbar. Deren Kapitalrenditen von 20-30 % werden allein aus Beschäftigten und Kunden „erwirtschaftet“. Die Volkswirtschaft muss endlich den Bedürfnissen der Bevölkerung dienen anstatt dem Interesse weniger Profiteure.

Die kapitalistische Ordnung setzt die ständig wachsende Produktivität nicht zur Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse ein, sondern zur Profitscheffelei einer winzigen Minderheit.

Existenzsichernde Arbeit statt „Bürgerarbeit“!

Unverschuldet arbeitslose Menschen müssen Anspruch haben auf gesellschaftliche Hilfe.

Die Anzahl Arbeitsloser wird sich nicht verringern, wenn immer mehr Menschen mit oder ohne Arbeit von immer geringeren Einkommen leben müssen; auch Massenkaufkraft und Nachfrage sinken dann und verursachen noch mehr Arbeitslosigkeit. Einige wenige immer reichere Menschen werden das nicht ausgleichen!

Wirtschaft muss die Lebensbedürfnisse aller Menschen gewährleisten anstatt Verschwendungssucht und Geltungsbedürfnis einer Minderheit zu bedienen!

Hartz IV hat ungeachtet aller statistischen Tricks existenzsichernde Arbeitsplätze vernichtet anstatt geschaffen, die zwangsweise Bürgerarbeit wird dies noch verstärken durch weitere allgemeine Absenkung der Arbeitseinkommen. Bürgerarbeit wird kein soziales Problem lösen, sondern die Belastungen ausweiten, wird Renten- und Krankenkassen schmälern, wird wenige Reiche bereichern und viele Menschen ärmer machen.

Impressum: Koordinierungskreis Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP, www.die-soziale-bewegung.de)

V.i.S.d.P.: Edgar Schu, Weender Landstraße 97, 37075 Göttingen

Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Offenen Runden Tisch Zeitz (ORTZ, <http://ortz.oestliche.gefил.de>)